

**FDP-Fraktion**  
**Dietmar Rüsçh, Fraktionsvorsitzender**

**Haushaltsrede zum Entwurf des Haushalts 2011**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere ursprüngliche Absicht, bei dem vom Kämmerer vorgelegten genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf mittelfristig einen Haushaltsausgleich herbeizuführen, mussten wir nach Bekanntwerden des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes umgehend aufgeben. Königswinter wird danach rund 50% weniger an Zuweisungen vom Land erhalten. Mit diesem Gesetzentwurf hat die rot-grüne Landesregierung nicht nur Königswinter sondern auch fast alle kreisangehörigen Kommunen in das finanzielle Chaos gestürzt. Da ist es gut von der Regierungspräsidentin zu hören, dass man jetzt darüber nachdenkt, die kreisangehörigen Kommunen künftig zum Beispiel über eine Erhöhung des Flächenansatzes finanziell zu stärken.

Zwangsläufig mussten wir aufgrund dieser drastischen Veränderungen unser Ziel neu definieren und uns darauf konzentrieren, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen.

In einem beispiellosen Beratungsmarathon ist es der Koalition gelungen, dieses Ziel zu erreichen und ein Haushalts sicherungskonzept und damit die Zwangsverwaltung zu vermeiden. Im Laufe der Beratungen wurden alle Bereiche, egal ob Pflichtaufgaben oder freiwillige Leistungen, einer kritischen Prüfung unterzogen.

Dabei haben wir unser Augenmerk zunächst auf die Jahre 2012 und 2013 gerichtet, um hier unterhalb des zulässigen Defizits von 5% des Eigenkapitals zu bleiben. Für 2011 war dies insbesondere aufgrund der hohen Aufwendungen für Maßnahmen der Regionale 2010 und der Sanierung im Schulzentrum Oberpleis aussichtslos.

Ein weiterer Eckpunkt unserer Beratungen war, möglichst keine Abstriche in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Jugendförderung und Soziales zu machen. Dies ist uns gelungen. Im Bereich des Jugendamtes haben wir sogar zusätzliches Personal bewilligt. Bei den Kindergärten haben wir erneut erhebliche Mittel für den weiteren Ausbau von U 3-Plätzen vorgesehen. Wir können jetzt nur hoffen, dass auch das Land seinen Anteil bereitstellt. Die Erhöhung der Zuschüsse des Landes zu den Betriebskosten der OGS haben wir nicht dazu genutzt –wie das andere Städte getan haben- um die freiwilligen Zuschüsse der Stadt zu kürzen. Weil wir um die finanzielle Enge bei den OGS wissen und weil uns hier ein hochwertiges Angebot wichtig ist, haben wir es bei den städtischen freiwilligen Zuschüssen von rd. 320 € pro Kind im Jahr belassen. Auch für das Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ haben wir, anders als die Landesregierung, die städtischen Mittel trotz des Bildungspakets des Bundes im Haushalt belassen. Sowohl für Sanierungsarbeiten an den Schulgebäuden wie für die Ausstattung mit modernen Medien sind entsprechende Mittel vorgesehen. Der städtische Ordnungsdienst, der sich bewährt hat und der für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, soll durch die Umwandlung von zwei Minijobs in Vollzeitstellen gestärkt werden.

Ein wichtiger Punkt in den Beratungen waren auch Maßnahmen zur Energieeinsparung. Insgesamt haben wir 600.00 € für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften bereit gestellt. Wir sind überzeugt, dass sich der Einsatz dieser Mittel mittelfristig auszahlt.

Wichtige Kürzungen auf der Ausgabenseite wurden bei den Personalausgaben, dem Gebäudemanagement, den Verkehrsflächen und -anlagen vorgenommen. Bei den beiden zuletzt Genannten geht es um die Umsetzung der Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt. Bei der Altstadtsanierung und den Projekten der Regionale 2010 wurden einzelne Maßnahmen geschoben und gestrichen. Im investiven Bereich musste die Grundinstandsetzung der Straßen leider auf das unabdingbar Notwendige beschränkt werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die Stadt nicht länger vorfinanziert, sondern dass die Beiträge aufwandstreu erhoben werden.

Um unser Ziel zu erreichen, mussten aber auch Verbesserungen auf der Ertragsseite erfolgen. In einem breiten Konsens der im Rat vertretenen Fraktionen ist vorgesehen, Steuern und Gebühren maßvoll und nur soweit absolut notwendig zu erhöhen und neue Einnahmequellen zu erschließen. Dass uns das nicht leicht gefallen ist, versteht sich von selbst. Aber wir glauben, dass die Bürger sehr wohl verstehen, dass der Erhalt der selbstständigen Entscheidung, der Gestaltungsfreiheit und der Fortbestand der zahlreichen freiwilligen Leistungen in den Bereichen von Kinderbetreuung, Bildung, Sport und Jugend ihren Preis haben.

Meine Damen und Herren,

wenn wir heute den Haushalt mit den vorgeschlagenen Änderung beschliessen, haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht. Unsere Fraktion wird daher dem Haushalt zustimmen. Trotzdem dürfen wir unser Ziel., mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die weitere Verschuldung zu stoppen, nicht aus dem Auge verlieren. Dazu halten wir es für notwendig, dass wir kurzfristig in einem „Masterplan Haushaltssanierung“ strategische Ziele und Projekte gemeinsam festlegen.

Mehr als bedauerlich ist es, dass sich die SPD und die FWK einer Haushaltskonsolidierung verweigert haben. Die SPD hat mit ihren vier Änderungsvorschlägen nicht zu einer Entlastung beigetragen. Vielmehr hätten sie zu einer Erhöhung der Verluste geführt. Königswinter wäre damit zwangsläufig in der Haushaltsicherung gelandet. Wenn die SPD meint, Königswinter würde zur Zeit schlecht regiert, dann wage ich mir nicht vorzustellen, wie es unter einer SPD-Regierung aussähe.

Von den FWK, die kürzlich noch medienwirksam in der Presse mit der Forderung nach solider Haushaltspolitik geworben haben, ist nicht ein einziger Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung gekommen. So können Werbung und Praxis auseinander klaffen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sich bei den Haushaltsberatungen mit Ideen und Vorschlägen eingebracht haben. Den Mitarbeitern der Verwaltung danke ich für die konstruktive und offene Zusammenarbeit bei den Beratungen.